

Ressort: Politik

Zeitung: Linke fordert Bundesfinanzpolizei gegen Steuersünder

Berlin, 11.01.2013, 07:01 Uhr

GDN - Die Linke im Bundestag fordert die Einrichtung einer Bundesfinanzpolizei. Diese soll verfassungsrechtlich den Status einer Sonderpolizei haben und zur Bekämpfung von Subventionsbetrug, Steuerhinterziehung und Geldwäsche eingesetzt werden, heißt es in einem internen Entwurf, welcher der Tageszeitung "Die Welt" vorliegt.

Dazu sollen zum Teil auch Zuständigkeiten der Bundespolizei und des Bundeskriminalamts, wie die Gemeinsame Finanzaufklärungsgeschäftsgruppe, an die Bundesfinanzpolizei übertragen werden. Dieser Schritt sei notwendig, weil die heutige Bundeszollverwaltung "sich als Dienstleister der Wirtschaft" verstünde und die Steuerfahnder der Länder personell unterbesetzt seien, begründet die Linke in dem Papier ihren Vorstoß. Dieser soll am Freitag zum Abschluss der zweitägigen Neujahrsklausur in Hannover der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-5588/zeitung-linke-fordert-bundesfinanzpolizei-gegen-steuersuender.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com